

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & So.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Strelzow,
in Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Danck & So.
Haasenstein & Vogler,
Adolph Noss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

Posener Zeitung.

Nennundfiebigster Jahrgang.

Nr. 611.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 15 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Wegen der Sedanfeier fällt das Abendblatt am 2. September aus. Inserate für die Sonntag-Morgen-Ausgabe werden bis Sonnabend früh 10 Uhr erbeten. Später aufgegebene werden bis zur Dienstag-Morgen-Ausgabe zurückgelegt.

Die Expedition
der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 31. August. Der König hat dem Landgerichts-Präsident, Ober-Justiz-Rath Zweifel zu Saarbrücken den R. A.-D. 2. Kl. mit Eichenlaub, dem Oberst-Lieut. und Kommandeur des 2. Westf. Inf.-Reg. R. 11, den R. A.-D. 3. Kl. mit der Schleife, dem Kommissarius für die erf. Vermögensverwaltung in der Diözese Köln, bish. fürstbischöf. Konfessorial-Rath Ferdinand Schuppe, den Charakter als königl. Konfessorial-Rath, sowie dem Rechtsanwalt und Notar v. Gerhard zu Königsberg i. P. den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 31. August.

— Die Enthüllung der allegorischen Figuren am Piedestal des Denkmals König Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten wird dem „Staatsanz.“ zufolge am 2. September cr. Vormittags 11 Uhr, in Anwesenheit des Kaisers und Königs stattfinden.

— Wie ein Telegramm aus Erlangen meldete, ist am 30. August dasselbe Professor Rudolf von Raumer gestorben. Er war ein Neffe des berühmten Geschichtschreibers der Hohenstaufen, Friedrich b. Raumer, und Sohn des 1865 als Professor der Naturwissenschaften an der Universität Erlangen verstorbenen Karl Georg von Raumer, der sich auch durch „eine Geschichte der Pädagogik“ bekannt gemacht hat. Rudolf von Raumer wurde am 14. April 1815 in Dresden geboren, ward 1846 außerordentlicher und 1852 ordentlicher Professor der deutschen Sprache und Literatur zu Erlangen. In letzterer Zeit ist sein Name viel genannt worden. Seitens des preußischen Kultusministeriums mit Herstellung einer allgemeinen deutschen Rechtschreibung betraut, entledigte der Verewigte sich seiner schwierigen Aufgabe mit eben so viel Glück als Gewandtheit. Seine bezügliche Arbeit diente der im vorigen Jahre in Berlin versammelten gewesenen orthographischen Konferenz zur Grundlage ihrer Verhandlungen.

— Die zahlreich bei dem Reichskanzleramt eingelaufenen Eingaben, welche die Eisenzollfrage betreffen, werden, wie man der „Nat. Ztg.“ schreibt, Gegenstand einer besonderen Beratung in den Ausschüssen des Bundesrates bilden, voraussichtlich zu dem Zwecke, um bei den unabweisbaren Verhandlungen des Reichstags über die bez. Petitionen dem Bundesrat eine Handhabe zu geben, sich über seine grundsätzliche Stellung zu der wichtigen Frage zu äußern. Es soll sich auch in den maßgebenden Kreisen eine Strömung geltend machen, welche einer Verschiebung der Aufhebung der Eisenzölle gegeigt ist. Ob der Bundesrat seine bisherige Stellung zu der Frage trotz allerdrudt erhalten wird, bleibt abzuwarten.

— Die Artikelreihe des „Reichsanzeiger“ „Zur Beurtheilung unseres Eisenbahntarifwesens“ ist bei der letzten Denkschrift des Reichseisenbahnamtes über die Ergebnisse der Tarifreformenquete-kommission angelangt. Die Denkschrift hatte den Weg der freien Verhandlung behufs Erzielung einer Tarifreform als den einzigen aber prekären Ausweg bezeichnet. Der „Reichsanzeiger“ motiviert diese Aussöhnung unter Hinweis auf die in Österreich gemachten Erfahrungen und schließt alsdann mit dem bemerkenswerthen Satze: „Aehnliches würde sich unzweifelhaft auch in Deutschland zeigen und somit eine Besserung der gegenwärtigen unleidlichen Zustände lediglich auf dem Wege der Gesetzgebung, sei es unter Entschädigung, sei es durch den Erwerb der Eisenbahnen für das Reich erhoffen lassen.“ Diese Schlussfolgerung ist um so bemerkenswerther, als das Reichseisenbahnamt seinerseits in der erwähnten Denkschrift wenigstens den Versuch bestürmt, eine Verständigung über die Tarifreform durch Verhandlungen der Regierungen mit den Eisenbahnverwaltungen und demnächst durch Vermittelung des Bundesrats zu erzielen.

— Als eine Hauptfrage, welche bei der Regelung des Gefangenwesens zu lösen ist, muß die wegen Beschäftigung der Strafgefangenen angesehen werden. Es interessirt diese Frage nicht allein die Strafgefangenen, sondern auch einen großen Theil der Handwerker und Arbeiter, welche die Konkurrenz der Zuchthausarbeiten bitter empfinden und beim Reichstage wiederholt Beschwerde geführt haben. Die „Pos. Ztg.“ äußert sich darüber so:

„Die Notwendigkeit, daß die Gefangenen arbeiten, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Die Gefangenen würden nur dann mit ihrer Arbeit keine Konkurrenz machen, wenn sie nur ihre eigenen Bedürfnisse erzeugten und nicht auf den Markt lieferten. In diesem Falle würden aber die nutzbaren Kräfte der Gefangenen nicht absorbiert werden. Es muß also dahin gestrebt werden, daß zwischen dem Gefangenen und dem freien Arbeiter die Konkurrenz unter möglichst gleichen Bedingungen stattfinde, was bisher leider nicht gelang. Während nämlich die freien Arbeiter und Handwerker für ihren sämtlichen Lebensbedarf aufkommen müssen, bezahlt der Staat für

Freitag, 1. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zinssatz 20 Pf. die sechzigstanzte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 155 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

die Strafgefangenen Obdach, Kleidung, Nahrung, kurz alle Bedürfnisse auf Kosten der Steuerzahler bietet die Leistungsfähigkeit seiner Straflinge aus und vermehrt e an den, der für sie den höchsten Preis zahlt, ist aber auch zufrieden, wenn er keinen der Leistung entsprechenden Preis erhalten kann. Daß es nicht in der Ordnung ist, Staatsmittel in Bewegung zu setzen, um die natürlichen Verhältnisse des Marktes zu verderben, liegt auf der Hand. Trotzdem scheint es nicht in der Absicht der Reichsregierung zu liegen, Abhilfe zu schaffen. Was bisher in der Sache geschehen ist, beeinträchtigt sich, wie wir hören, auf eine oberflächliche Untersuchung über den Einfluß der Zuchthausarbeit auf die Lage der reien Arbeiter in Folge des Beschlusses des Reichstages vom 29. Mai 1869. Die Gutachten sämtlicher Regierungen, Sachsen und die jüdischen Staaten ausgenommen, lauten übereinstimmend dahin, daß in keinem der verbündeten Staaten eine nachteilige Einwirkung der Zuchthausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter zu konstatieren sei. Allein von 19 Regierungen wurde diese Behauptung einfach aufgestellt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden wäre, dieselbe durch Angabe von Zahlenverhältnissen zu konstatieren. Zwischen wurde die Sache im preußischen Abgeordnetenhaus wieder angeregt und zwar am 23. Februar v. J. durch die Abgeordneten Eberth und Schleiper; ob sie damit gefördert worden, ist jedoch nicht bekannt geworden.

— Eine dritte Auflage „Morbiter Alterthümer“ soll durch eine Schrift „Inschriften römischer Schleuderbeschiffe nebst einem Vorworte über moderne Fälschungen“ von Theodor Bergk entdeckt worden sein. Man schreibt darüber:

Der Verfasser dieser Schrift hat neu aufgefunde römische Schleuderbeschiffe, welche sich gegenwärtig in Bonn befinden, genau untersucht und ist zu dem Resultat gelangt, daß die auf den Antrag Mommsens hin von dem hiesigen Museum erworbenen 444, angeblich antiken, bleiernen Schleuderbeschiffe das Werk von Falschern sind. Wie bereits 1853 der Architekt Carducci meldet, ist nämlich bei Ascoli, dem alten Asculum, eine Gießerei von Schleuderbeschiffen mit dem dazu gehörigen Apparate und einer großen Masse von Bleisiebeln gefunden worden. Mittels dieses Apparates haben sodann, wie sich jetzt herausgestellt hat, Fälscher anderer Exemplare von Beschiffen angefertigt und denselben den antiken Stempel aufgedrückt! Die jetzt hier befindliche Sammlung ist von Nolin und Foucart angekauft worden, welche dieselbe vom verstorbenen Grafen Argini erworben haben. Graf Argini wohnte in der Nähe von Ascoli und kaufte häufig angebliche Gegenstände von den Altständlern. Professor Dr. Baumgärtner in Heidelberg, welchem die aus Paris erworbenen Schleuderbeschiffe zur Katalogisierung überwiesen waren, gibt nun bereits die Sammlung Argini preis, läßt also auch die pariser, jetzt berliner Kollektion fallen.

— Bekanntlich soll man im Unterrichtsministerium an der Errichtung einer Hochschule für dramatische Kunst teilnehmen. Darauf scheint auch ein „Das deutsche Schauspielwesen“ übergeschriebener Artikel der halbamtlichen „Prov. Korresp.“ hinzudeuten. Das minstrelielle Organ schreibt:

Durch die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete des deutschen Schauspielwesens ist die Aufmerksamkeit der staatlichen Kreise entschiedener als bisher den öffentlichen Aufgaben in Bezug auf die Pflege einer edlen, den Interessen der Volksbildung und Volksstätte dienenden Bühne zugewandt worden.

Schon vor einiger Zeit hatte die Denkschrift der deutschen Shakespeare-Gesellschaft wegen Errichtung einer dramatischen Hochschule zur Erörterung der Frage über die Stellung des Staates zum Bühnenwesen Anregung gegeben. Wie damals verlautete, war innerhalb der Regierung die Notwendigkeit anerkannt worden, jene Frage einer eingehenden Erwägung im Zusammenhange mit den gefärmten Theaterverhältnissen und der neuen Entwicklung des deutschen Bühnenwesens zu unterziehen.

Inzwischen haben die neuesten demütigendsten Erscheinungen auf dem Gebiete des Theaterwesens in einer Hauptstadt sowohl, wie in mehreren großen Provinzialstädten einen erneuten dringenden Anlaß zur Betrachtung der Bühnenverhältnisse vom Standpunkt der allgemeinen öffentlichen Interessen gegeben, und die kommunalen, wie die allgemein staatlichen Behörden werden sich kaum länger der Notwendigkeit entziehen können, die Schaubühne in den Kreis ihrer Erwägungen und ihrer Fürsorge zu ziehen.

Eine Schrift über „das deutsche Theater und seine Zukunft“ (Berlin, Verlag von Herk.) hat vor einiger Zeit auf Grund amtlicher Erfahrungen die dabei in Betracht kommenden Thatsachen und Gesichtspunkte der öffentlichen Erwägung zu unterbreiten ver sucht.

Der Staat hat seither die positive Pflege der dramatischen Kunst fast ausschließlich den Hofbühnen überlassen. Mit der völligen Freiheit des Theatergewerbes sind jedoch Entwicklungen eingetreten, unter welchen die Hofbühnen für sich allein nicht im Stande sind, die höheren Interessen der dramatischen Kunst gegen das Überwuchernde des bloß gewerblichen Treibens zu wahren. Die Elemente und Faktoren des Volksgeistes, auf deren selbstständige Kraft zu Gunsten einer Erfrischung und Verjüngung der deutschen Bühne gerechnet war, haben sich zu schwach erwiesen, um es irgendwo zu einer hoffnungsvollen Grundlegung neuen dramatischen Lebens zu bringen; die ersten guten Anfänge und Keime werden überall ziemlich rasch durch die geistreichen Bedingungen der gewerblichen Konkurrenz erstickt. Auch in den größten Städten kann sich ein wahrhaft „deutsches Volks-theater“ aus eigener Kraft in dem Kampfe mit den gewerblichen Spezialisatoren nicht erheben oder behaupten; nur eine lebendige Mitwirkung und Hilfe seitens der großen Kommunen selber wird die Gründung und Aufrechterhaltung nationaler Volksbühnen, die dieses Namens werth sind, sichern können. Der Staat selbst aber muß anregend, ermunternd und in der ersten Übergangszeit mithelfend zur Seite stehen und zugleich gewisse allgemeine Aufgaben für die Pflege der dramatischen Kunst an seinem Theil erfüllen.

Die „Prov. Korresp.“ zitiert nun einen längeren Abschnitt aus dem obengenannten Buche, welches dem Geh. Ober-Regierungs-Rath Hahn zugeschrieben wird, und hebt folgende Schlusssätze hervor:

„Je freier die Reichsgesetzgebung das deutsche Theater gestellt hat, je mehr jede gesetzliche Schranke für dasselbe gefallen ist, desto dringender ist die Pflicht für alle berufenen staatlichen und kommunalen Kreise und Kräfte geworden, inmitten des wirren Treibens der gewerblichen Theaterkonkurrenz gemeinsam dahin zu wirken, daß über der Freiheit nicht das Wesen der dramatischen Kunst zu Grunde gehe, daß vielmehr der Bühne als einer nationalen und moralischen Anstalt die Stätte im neuen Deutschland erhalten bleibe.“

— Die ultramontane Presse veröffentlicht abermals eine jener charakteristischen „Verzichtleistungen“ auf das Staatsgehalt. Der be-

treffende Geistliche, Pastor vor Schu in Salmrohr, schreibt an den Landrat in Wittlich:

Da mehr als die Hälfte meiner Pfarrkirche den Gottesdienst in der Pfarrkirche nicht mehr besucht und auswärts die h. Sacramente empfängt, so beeble ich mich Ew. Hochwohlgeboren ehrfurchtsvoll anzuseigen, daß ich auf den Fortbezug des Staatsgehaltes, um des lieben Christus wegen in der Pfarrkirche, so lange verzichte, bis es auch alle Amtsbrüder beziehen, um allen aufwieglerischen und Aergernis gebenden Reden in der Umgegend ein Ende zu machen. Der hochst. königlichen Regierung stelle ich für das mir geschenkte Zutrauen, daß Hochdieselbe mir das Staatsgehalt verliehen hat, den innigsten Dank ab, den ich dadurch beithätigen will, daß ich fortfahren, täglich Gott zu bitten für die baldige Herstellung des lieben Friedens zwischen Kirche und Staat.“

Die Erklärung bedarf keines Kommentars; Herr Pastor Schu betont seine Staatsfreundlichkeit womöglich noch stärker, als einer seiner Kollegen in demselben Kreise es in seiner neulich erwähnten Erklärung gethan: ebenso werden die schmählichen Hetzerien der ultramontanen Heilsporten noch schmähungsloser gekennzeichnet.

Tulda, 30. August. Man schreibt der Börseztg., wenn öffentliche Beamte in ihren privaten Sirkeln, so z. B. in den „schwarzen Kasino's“ etc. von ihrer ultramontanen Gesinnung Zeugnis ablegen und die thäftschaftlichen Verhältnisse demgemäß kritisieren, so läßt sich hiergegen an sich nicht viel einwenden. Wenn aber ein Beamter in seiner Eigenschaft als solcher sich zum Lobredner des Ultramontanismus macht und mittels amtlicher Kundgebung gegen Gesetze etc. zu Felde zieht, so ist dies eine den schärfsten Tadel provozierende Handlungsweise. So hat am 28. d. der der klerikalen Partei angehörige Oberbürgermeister unserer Stadt, Rong, den nach Auflösung ihrer ordensähnlichen Kongregation scheidenden englischen Fräulein „im Namen der Stadt“ eine Adresse überreicht, in der gegen die Gewaltthätigkeiten des Kulturkampfes polemisirt und die Ordensfrauen als „Opfer“ dieses Kampfes bezeichnet werden. Die gebildete liberale Hälfte der Bewohner ist über dieses einseitige Vorgehen nicht wenig entrüstet.

Duisburg, 28. August. Auf Anregung des Dr. Goede batte sich gestern Abend im kleineren Saale der „Societät“ eine Anzahl Einwohner industrieller von hier und Ruhrort, sowie anderer sich für diese Angelegenheit interessirender Personen eingefunden, um die Mittel und Wege zu berathen, wie eine Massen-Petition zur Fortdauer der Eisenbahn ins Werk zu setzen sei. Der Abgeordnete Dr. Hamacher, welcher der Versammlung ebenfalls beiwohnte, erbrachte in eingehender Weise die verhängnisvollen Folgen, welche ein gänzlicher Fortfall der Eisenbahn am 1. Januar des nächsten Jahres für die gesammte deutsche Eisenindustrie haben müsse, und gab sodann die leitenden Gesichtspunkte an, welche bei der Behandlung dieser Petitions-Angelegenheit vorzuwalten hätten. Nach allseitiger und reiflicher Erwägung kam man zu dem einstimmigen Beschlüsse, die Petition, welche an den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck gerichtet werden soll, lediglich auf die Auferkraftsetzung der Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Juli 1873 zu befrachten, nach denen die noch bestehenden Zölle auf Eisen am 1. Januar 1877 gänzlich in Wegfall kommen sollen. Die Versammlung hielt es für angezeigt, ihrerseits eine Massenpetitions-Bewegung praktisch nur in den Kreisen Duisburg und Mühlheim a. d. R. einzuleiten, andererseits aber den Wortlaut der noch festzustellenden Petition allen Eisenindustrie-Districten Deutschlands mit der Bitte zugehen zu lassen, dort in ähnlicher Weise eine Massenbewegung zu gedachten ins Leben zu rufen. Beaufsichtfung der gefärbten Beschlüsse wurde aus den Herren Dr. Goede, Direktor Keller, Direktor Giese, Direktor Erdmann, Ew. Berninghaus und Ned. Schröder aus Duisburg, Geh. Rath Hamel und Dr. Thielen aus Ruhrort bestehendes Komitee eingesetzt, welchem jedoch die Befugnis beigelegt wurde, sich durch Kooperation geeigneter Personen aus den beiden Kreisen in zweckentsprechender Weise zu ergänzen.

München, 28. August. Der Beschluss der klerikalen Mehrheit der Abgeordnetenkammer, durch welchen die Wahlen der beiden liberalen Abgeordneten des Wahlkreises Sulzbach, Staatsrath v. Schlör und Professor v. Pekl kassiert wurden, hat eine entsprechende Antwort erhalten; die Stadt Sulzbach hat die beiden Herren zu ihren Ehrenbürgern ernannt.

Amsterdam, 27. August. Die zehnwöchentliche Ministerkrise dauert noch fort, da Herr Heemster sein Entlassungsgesuch noch nicht zurückgezogen hat. Die Liberalen können kein lebensfähiges Kabinett bilden und das konervative Ministerium will nicht mehr regieren. Zu dieser mißlichen Lage der politischen Parteien macht sich die Sorge über die Haltung des Thronerben geltend; Thatsache ist, daß er seit längerer Zeit im Auslande lebt und sich um niederländische Angelegenheiten nicht kümmert. Er ist 36 Jahre alt und, wie man verichtet, einer standesmäßigen Heirath abgeneigt. Das Haus der Orange kann sich nur durch ihn und seinen 25jährigen Bruder, den Prinzen Alexander, erhalten, denn die männlichen Nebenlinien des Königshauses sterben aus. Prinz Friedrich, Sohn des Königs, hatte nur zwei Töchter, von welchen eine an den Fürsten von Wied verheirathet ist. Prinz Heinrich, Bruder des Königs, hat keine Nachkommen. Es ist deshalb begreiflich, daß man um die Thronfolge besorgt wird, da die Gesundheit des Prinzen Alexander zu wünschen übrig läßt.

Bern, 27. August. Wie richtig man in der Schweiz die Kämpfe zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und dem Ultramontanismus beurtheilt, beweist unter Anderem ein Artikel der neuesten „Reform“. In dieser schreibt nämlich Pfarrer Bizius u. A.:

Es wird mit jedem Tage offenscher, daß Organismus gegen Organismus gehalten, die katholische Kirche im preußischen Staate einen ganz gewaltigen, wo nicht ebenbürtigen Gegner erhalten hat. Sehr rasch und genau arbeitete die Maschine schon zuvor. Nun werden ihr noch ein paar kulturmäßige Schrauben, Näder und Hämmer eingefest, und plötzlich fühlt die Kirche das Ding in ihrem eigenen Leibe wühlen und schneiden. Die Weise jetzt, was Staat ist, viel besser als wir Schweizer, trotzdem wir so viel darüber reden. Dem eisernen Willen der preußischen Regierung gegenüber verpufften alle die Mittel und Mittelchen der katholischen Kriegsführung machtlos. Umsonst liebäugelte man mit der französischen Unterichtsfreiheit, umsonst versuchte man einen Sturm auf ein Lesebuch, umsonst schrieb Reichsverger eine verlockende Broschüre, umsonst weißt sagt man dem preußischen Staat seinen baldigen und schrecklichen Untergang, weil

ein Landjäger eine, übrigens noch nicht geweihte, Hostie einen Augenblick in seinen Landjägerfinger gehalten. Von neuen Gedanken und durchschlagenden Gesichtspunkten nicht die Spur! Aber noch ärmer als an Gedanken ist die katholische Hierarchie an Persönlichkeit. Die Kriegsführung dieser kleinen Herrgötter ist unergründlich feig. Sie jetteln eine Sache wohl an, sprengen irgend einen Fanatiker oder irgend einen Bezirk in die Patsche hinein, aber wagen nie, zu ihrer Sache nun auch zu stehen, verlassen und verleugnen den Attentäter vor Gericht, verlassen und verleugnen die neue heilige Jungfrau von Marpingen, sobald ihr die Polizei auf den Haken ist. Noch trauriger wird das Schauspiel, wenn nun die Gefahr an ein Kirchenhaupt selbst herantritt. Seit sie in Rom ihr Gewissen gelassen haben, ist ihnen jede persönliche Haltung abhanden gekommen; noch nie waren Martyrium und Komödie sich so nahe. Der breslauer Fürstbischof lebt sehr behaglich auf den in Österreich gelegenen Besitzungen seines Stuhles. Ledochowski ruht zu Rom von seinem Gefängnis aus. Der Bischof von Padernkorn, sonst der großzügigste, bricht sein Wort — aus Gefühlsrücksichten, wie er sagt — und flieht nach Holland. Der Erzbischof von Köln mahnt seine Gläubigen, "stark zu sein in aller Verführung und Verfolgung" und bringt seinen Leib im gleichen Augenblick über der Grenze in Sicherheit.

Paris. 28. August. Der Präsident der Republik ist gestern Abend 9½ Uhr im Lager von Châlons eingetroffen. Auf dem Bahnhofe der Stadt war der Marschall von dem Präfekten der Marne und dem General Boissonet, einem der Senatoren des Departements, begrüßt worden; er sprach sein Bedauern aus, nicht länger in der Stadt verweilen zu können, und ließ 1000 Fr. für die Armen zurück. Im Lager empfing ihn die Generalität, unter welcher sich auch der Herzog von Nemours befand. Er übernachtete in dem Barackenlager des Hauptquartiers und erschien schon heute früh um 6 Uhr auf dem Manöverfelde, wo die Artillerie und Kavallerie zugleich verschiedene Übungen ausführten. In der Eskorte des Marschalls bemerkte man die Militärbevollmächtigten Österreichs und Italiens. Der Marschall wird noch im Laufe des morgigen Tages nach Paris zurückkehren, wo er zur Vermählung einer seiner Nichten erwartet wird.

Letzten Donnerstag empfing der Bischof von Arras den Generalrat und die Spitzen der Behörden des Departements Pas-de-Calais an seiner Tafel. Inmitten der üblichen Trinksprüche erhob sich der Befehlshaber der Unterdivision von Arras, General Maurice, und sagte:

"Ich würde vielleicht besser thun, zu schweigen; aber ich will diese Tafel nicht verlassen, ohne einen Toast auf die Auferstehung der Feldgeistlichen auszubringen, die von der Deputirtenkammer abgeschafft worden sind. Ich spreche also den Wunsch aus, daß der Senat ein Institut vertheidigen möge, welches für die Ausbreitung der katholischen Gesinnungen in der Armee förderlich ist."

Herr Florent-Lefebvre, ein republikanischer Abgeordneter von Arras, nahm hierauf den General bei Seite und stellte ihm vor, daß es von ihm als einem Offizier, dem der Schutz der bestehenden Ordnung anvertraut ist, höchst ungemessen wäre, in einem offiziellen Kreise einen Beschluß des Abgeordnetenhauses anzufechten und zu einem Konflikt zwischen den öffentlichen Gewalten aufzurufen. Der General entgegnete, er betrachte dies als eine Insulte, der Abgeordnete erhielt aber keine Aufzürungen aufrecht und brachte den ganzen Vorfall an die Öffentlichkeit. Die republikanische Presse verlangt, daß dieser Versuch eines klerikalen "Pronunciamiento" nicht ungeahndet bleibe.

Die "République française" reproduziert den bekannten vom Feldmarschall Grafen Moltke in Chemnitz ausgebrachten Trinkspruch und knüpft daran folgende Bemerkungen:

Unter allen friedlichen Versicherungen, welche Europa durch die autorisiertesten Staatsmänner gegeben worden sind, wird die des Hrn. v. Moltke besonders bemerkt werden. Es ist Niemand in Frankreich, der nicht weißt, daß Hr. v. Moltke, Chef des Großen Generalstabes der Armee Deutschlands, all sein Sinn und Trachten der Aufrechterhaltung und Vertheidigung des großen politischen Körpers zuwenden, zu dessen Schöpfung seine langen und umfassenden Studien, seine gerechte militärische Erfahrung, so großes beigebracht haben. Hr. v. Moltke spricht, wenn nicht von Frieden, so doch wenigstens von friedlichen Kämpfen. Aber er verliert Frankreich nicht außer Auge und wenn er Deutschland zum Kampfe auf dem geschlossenen Felde der Weltausstellung von 1878 einlädt, so denkt er dabei an Frankreich als Gegner. Er appelliert an die deutsche Intelligenz. Auch Frankreich wird diesen indirekten Appell an seinen Arbeitgeber, an sein Geheimnis der Erfahrung und Verwaltung in Kunst und Industrie verstehen. Der französische Patriotismus ist zur Antwort herausgefordert. Um uns neu zu beleben und in unseren Anstrengungen zu kräftigen, haben wir zugleich mit der Zusicherung dauernden Friedens den fröhlichen Gedanken, daß die Welt nicht aufgehört hat, unser Lande Gerechtigkeit zu zollen, und daß Frankreich unter dem Banner der Republik mehr denn je als die Nation angesehen wird, die den übrigen Völkern zum Vorbilde dienen soll."

Das Amtsblatt enthält einen Entwurf für das neu gegründete National-Institut zur Erziehung des Ackerbaues. Als Zweck desselben wird ein Dreifaches angegeben: 1) Grundbesitzer heranzubilden, welche alle für die bessere Bodenerforschung nothwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse besitzen; 2) Beamte zu erziehen, die fähig sind für die Verwaltung verschiedener staatlicher und privater Stellen, welche mit den landwirtschaftlichen Interessen in Verbindung kommen; 3) Professoren für den landwirtschaftlichen Spezial-Unterricht und Direktoren für die einzelnen landwirtschaftlichen Versuchsstationen zu erlangen. Das Institut besteht aus einer Hochschule für den theoretischen Unterricht im Ackerbauwesen, die sich im Konservatorium für Künste und Gewerbe in Paris befindet, und in einer großen Versuchsanstalt, welche in den großen Pachtbössen von Vinzennes eingerichtet werden soll. Die Lehrfächer sind Mechanik, Physik, Meteorologie, Chemie, Botanik, Zoologie, Bodenkunde, Gesundheitspflege, Mineralogie, Geologie u. s. w. Die Dauer des gesammten Kursus ist auf zwei Jahre festgelegt; der Unterricht dauert von 8½ Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags mit einer Stunde Unterbrechung zur Mittagszeit; das Schulgeld beträgt 150 Fr. für das Semester und ist pränumerando zu erlegen. Junge Leute, die sich zur Aufnahme melden, müssen mindestens 18 Jahre alt sein, ein gutes Führungsattest von ihrer Heimathsbehörde aufzuweisen und eine schriftliche Erklärung ihrer Eltern beibringen, in welcher dieselben sich zur Zahlung der für ihren Unterhalt u. s. w. nothwendigen Mittel verpflichten. Nach Beendigung des Kursus haben die Böblinge sich einer Prüfung in den einzelnen Lehrfächern zu unterziehen.

Victor Hugo veröffentlicht einen Aufruf "für Serbien", d. h. für Einstellung der türkischen Grausamkeiten und des Blutvergießens. Das Schriftstück unterscheidet sich nicht von ähnlichen aus Victor Hugo's Feder. Er schreibt:

"Auf die entzweiten Regierungen mögen die geeigneten Völker folgen. Knebeln wir die Fanatismen und die Despotismen. Brechen wir die dem Aberglauben unthätigen Schwerter und die Dolmen mit dem Säbel in der Hand. Keine Kriege, keine Mezelen, keine Schlächterei mehr — freier Gedanke, freier Austausch, Brüderlichkeit. Die Abschrecklichkeit in Serbien stellt es außer allem Zweifel, daß Europa einer europäischen Nationalität, einer einzigen Regierung,

eines ausgedehnten brüderlichen Schiedsgerichts bedarf; die Demokratie in Frieden mit sich selbst, alle Naiven Schwestern, als Stadt und Hauptort Paris, d. h. die Freiheit welche als Haupt das Licht besitzt. Mit einem Worte die Vereinten Staaten von Europa. Das war das Ziel, das ist der Hafen. Gestern war es nur eine Wahrheit, daß den Henken Serbiens: es heute Augenscheinlichkeit. Den Denkern reihen sich die Mörder a. Von den Genies war der Beweis geliefert, jetzt ist er auch von den Ungeheuern erbracht."

Die "République française" bespricht die bevorstehende Reise des Präsidenten der Republik nach Lyon; sie schließt ihre Beitrachtungen mit folgenden Worten:

"Die Änderung der politischen Gesinnungen der lyoner Demokratie wird Marschall Mac Mahon sicherlich nicht befremden; es wäre jedoch nicht hinreichend, daß er nicht los befremdet würde, er müßte außerdem noch ergreifen werden. Heute zählen wir auf die Herzlichkeit und die sympathische Hingabe der Volksmassen. Ein Mann, welcher Erfahrung hat, ein aufmerkamer Beobachter, der so verschiedene Phasen durchschritten hat, kann sich nicht täuschen in der Beurtheilung einer jener Demonstrationen, wie sie die großen republikanischen Städte zu bereiten verstehen wenn sie darin das allgemeine Interesse der Sache erblicken, welcher sie zugehören. Mag der Präsident der Republik, wenn er Lyon verläßt, aus dieser der Demokratie so thenern und zugleich so arg verleumdeten Stadt die Überzeugung mit sich nehmen, daß die Republik nirgends mehr Bürger, die der Ordnung so ergeben sind wie der Freiheit, nirgends mehr standhaft Vertheidiger der Gerechtigkeit und des Fortschritts zählt, die zugleich überzeugt sind, daß Gerechtigkeit und Fortschritt nur im Frieden und durch die Arbeit vermöglich werden können."

Konstantinopel. Seit dem 2. d. hat die Wahrscheinlichkeit eines durch den Geistesstand des Sultans Murad nothwendig gewordenen Regierungswechsels sich gesteigert und die Änderung ist, wie der "Pol. Ko." unter dem 25. d. geschrieben wird, unmittelbar bevorstehend. Kann auch der Tag dieses Ereignisses nicht genau angegeben werden, so ist es doch gewiß, daß er sehr nahe ist und daß das Ereignis sich jedenfalls noch vor Beginn des nächsten Ramazan vollziehen werde.

Abermals ist es Midhat Pascha, dem das Verdienst gebührt, die schwanden Minister und die zur Entscheidung dieser Frage berufenen großen Persönlichkeiten zu diesem Entschluß gebracht zu haben. Die Aufgabe war eine außerordentlich schwierige, schon wegen der Natur der Hindernisse, die sich ihrer Vollbringung entgegenstellten. Die Sultanin Valide, in Beweisung darüber, ihren Sohn vom Throne herabsteigen zu sehen, kummt daß er noch den Besitz desselben verloren hatte, hat Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um wenigstens die getroffene Entscheidung zu vertagen. Der Großvezier selbst, welcher die unbeschränkte Gewalt, über welche er verfügt, zu erhalten wünscht und gleichzeitig der Mutter des Sultans, welcher er seine Stellung verdankt, seine Dankbarkeit beweisen wollte, hat umsonst versucht, den Ministern und Groß-Dignitäten des Staates begrißlich zu machen, daß keine Gefahr für das Reich begründet. Schließlich haben auch gewisse fremde Diplomaten, welche den möglicherweise ungünstigen Eindruck eines neuen Thronwechsels in Europa befürchteten, die Ansicht ausgesprochen, daß es vielleicht entsprechend wäre, noch einige Zeit zu warten, bevor man einen so ernsten Entschluß fällt. Der Ministerrat widmete dieser Angelegenheit mehrere lange Sitzungen und Midhat Pascha, unterstützt von den religiösen Elementen des Kongresses, hob mit unwiderrücklicher Logik alle dem gegenwärtigen Stande der Dinge anhaftenden Unzulänglichkeiten hervor. Er betonte, daß das osmanische Gesetz die Einsetzung einer Regentschaft, ausgenommen den Fall der Minderjährigkeit des zur Herrschaft befreueren Prinzen, nicht gestatte; weiter, daß die Errichtung eines von Geisteskrankheit ergriffenen Souveräns durch das Gesetz ausdrücklich befohlen sei, und daß es in den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen des Reiches unerlässlich sei, vorzuseugen, daß das Land nicht seines Führers und natürlichen Oberbautes beraubt sei. Diese und andere Hauptansprüche auf die Verfaßung nicht verfehlten, und wurde im Prinzip beschlossen, daß der Erbprinz Abdul Hamid zum Sultan proklamiert werden sollte. So groß auch die Liebe dieses Letzteren zu seinem Bruder ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß er den Thron annehmen werde, und ist seine Thronbesteigung nur mehr eine Frage von mehreren Tagen.

Der englische Botschafter Sir Henri Elliot hat von seiner Regierung einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten und bereitet sich zur Abreise vor. Wenn die Stimmung der hiesigen englischen Kolonie irgend welches Gewicht in den Augen des londoner Foreign Office hat, so ist es wahrscheinlich, daß Sir Elliot kaum mehr als Botschafter hierher zurückkehren werde. — Die österr. Journale theilen mit, daß der Finanzminister an die verschiedenen im Felde stehenden Armeecorps bereits 20 Millionen Piaster zur Zahlung des rücksichtslosen Soldes abgesandt hat und versichern, daß das Papiergeld vom nächsten Sonnabend ab nur in Konstantinopel in Umlauf gesetzt werden könne.

Der von der türkischen Untersuchungskommission in Philippopol ausgesprochene, angeblich auf Thatsachen beruhende Verdacht, daß der Aufstand in Bulgarien von russischen Agenten provoziert worden sei, wird von Seiten der russischen Regierung sehr entschieden zurückgewiesen. Nachdem die russische Botschaft in Konstantinopel die sofortige Unterdrückung derjenigen Blätter durchgesetzt hat, welche der von der Kommission erhobenen Beschuldigung Verbreitung verschafft hatten, scheint das petersburger Kabinett, wenigstens nach der Sprache ihrer offiziösen Blätter zu urtheilen, von der Pforte eine amtliche Desavouirung der Kommission zu erwarten.

Neon Pascha, Gouverneur von Kreta, verlangt reguläre Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, da er wohl voraussehen mag, daß die Kretenen, mit der Abweifung aller ihrer konstitutionell vorgebrachten Wünsche nicht zufrieden, sich zu einem allgemeinen Aufstand rüsten. Der abgesandte Bevollmächtigte der Pforte Kadri Bey, welcher nach Veröffentlichung der ablehnenden Antwort der Pforte der Bevölkerung zu verstehen gab, daß die Pforte auch die Macht habe, ihre Entschlüsse durchzuführen und dabei auf das Kriegsglück in Serbien hinweis, hat dennoch aus der Entschlossenheit der Kretenen die Lehre entnommen, daß dieselben niemals nachgeben werden. Trotz seines Appells an einige der hervorragendsten Richter des Landes, ihre Funktionen auch ohne ihre diesjährige Erneuerung durch die Nationalversammlung fortzuführen, vermöchte er doch keinen einzigen zu bewegen, seinem Rufe Folge zu geben. So also bleibt Kreta noch immer ohne jedes Gericht. Sollte der Zeitpunkt endlich erscheinen, in welchem das griechische Element an dem Kampfe gegen die Türken teilnehmen muß, so werden sicher die Kretenen das Signal dazu geben.

P. C. Athen, 20. August. Die ungünstigen Nachrichten über die serbische Armee erfüllen die griechische Presse, welche diesmal den wahren Ausdruck der Gefühle der Nation repräsentirt, mit Besorgniß. Die Siege des Halbmondes werden einer Garantie für die gesteigerte Unterdrückung der Christen gleichkommen erachtet. Außer dem sich organisierenden Aktionscomité "Adelphotes" hat sich in dieser Woche ein Unterstützungscomité für die Verwundeten und Verunglückten Serbiens und Montenegro unter der Devise "Zum rothen Kreuze"

gebildet. Unter dem Präsidium des durch seinen Wohlthätigkeitsfonds bekannten Erzbischofs von Rhodopen, Kallinikus, vereinigten sich einige der angehörenden Bewohner Athens zu diesem humanen Zwecke. Dieses Comité wird morgen seine von dem hier weilenden Bruder des Redakteurs der "Tribute", Herrn Byzantios, verfaßte Proklamation veröffentlichten Gelder, Charpie, Kleidungsstücke, Medikamente &c. entgegennehmen und sich deutlich als nicht für beide Kriegsparteien, sondern nur für die christlichen Brüder erklären. Man will deshalb auch die Benennung umändern, um nicht glauben zu machen, als buldige man in einem Kriege gegen die Türken dem genfer "rothen Kreuze". Unter den heutigen Umständen ist es immer gut, ein solches Comité zu Hause bereit zu haben; ein zweites wollen wir hoffen, daß dessen Wirksamkeit den Serben bald zu Gute kommen soll. Oberst Koronios hat die Stelle des Organisators der Nationalgarde im Ministerium des Innern angenommen und arbeitet vorerst theoretisch. Auch er ist der Meinung, daß die Nationalgarde nur nach dem Landwehrsystem organisiert werden könnte und thieilt deshalb dieselben in drei Kategorien: die mobile, die aktive und die disponible Nationalgarde, ein. Davon wird nur die erste Kategorie den Besetzen des Kriegsministeriums unterordnet sein, während die beiden übrigen dem Ministerium des Innern unterstellt bleiben. Die mobile Nationalgarde, welche die jungen Leute von 20 bis 30 Jahren umfaßt, soll vor Allem auf die Beine gebracht werden, wozu man schon die Listen angefertigt und in den Bürgermeisterämtern aller Städte und Dörfer zur Einsicht 15 Tage lang aufgelegt werden sind. Man rechnet auf mehr denn 65.000 Männer der Nationalgarde, die mit neuen Chassepot- oder Mitrailleur-Gewehren, deren Patronen ziemlich einheitlich sind, bewaffnet werden sollen. Man hat endlich eingesehen, daß mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach preußischem Vorbilde nicht mehr länger gezögert werden darf und arbeitet soeben an den betreffenden Gesetzesentwürfen. Da aber selbstverständlich mehr als drei Jahre nötig sind, um zu Resultaten dieses Systems zu kommen, so muß, um der gegenwärtigen Not abzuholen, die mobile Nationalgarde schleunigst ins Leben gerufen werden, was wohl in drei bis vier Monaten geschehen kann.

Besuchter deutscher Protestantentag.

I. (H. F.) Heidelberg. 29. August.

Bei den heutigen Vorverhandlungen, die im kleinen Saale des Museums vor einem äußerst zahlreichen Publikum, daß selbst alle Nebenplätze füllte, Nachmittags gegen 3 Uhr begonnen, waren etwa 60 Delegierte anwesend. Angemeldet sind bis jetzt ca. 160 Gäste. Nachdem Oberbürgermeister Ohly (Darmstadt) die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsrede eröffnet, nimmt der Referent, Oberstaatsanwalt Nießer (Mainz) das Wort:

Die evangelische Kirche — so ungefähr äußerte sich der Redner — in Sturm und Drang erstanden, in der Zeit der Kleinstaaten geboren, habe weder Zeit noch Kraft gefunden, ihre Verfaßung selbstständig auszubauen, sie sei Staatskirche und dem Staate unterordnet worden. Diese Verquälung kirchlicher und politischer Interessen habe sich bis in unser Jahrhundert hinauf übergedrept. Die Kraft und Würde der Kirche sei trotz dem nur gerettet worden durch den Ernst und die Selbstständigkeit des protestantischen Geistes, der im Volke gelebt und in unseren Tagen durch den Protestantverein in Blüte gekommen sei. Und es wäre eine der schlimmsten Kalamitäten, wenn die evangelische Kirche sich in einer Zeit, in welcher die katholische die mittelalterliche Verfaßung bis ins Kleinste, ausbaue, der Politik der Regierungen d. h. lediglich subjektiv-politischem Einfluß beugen wollte. Der Protestantismus verlangt von seinen Mitgliedern die tiefste, innere Durchdringung von der Wahrheit, wie seine Herden, wie ein Luther, ein Schleiermacher hinklanglich zeigen, einen Geist, der, wo er auch lebet, stets einen neuen schöpferischen Hauch in die Kirche bringen werde. Diesen schöpferischen Geist habe der Protestantismus auch in unserer Zeit bewahrt. Der Protestant-Verein batte ein Verfaßungs-Ideal angestrebt und es sei dies auch schon weitweile verwirklicht. Die Organisation — es sei qu. Organisation in dieser Richtung weiterzuführen und die Kirche wahrhaft selbstständig zu machen, ihr die Mittel zu verschaffen und ein wahrhaft religiöses Volk groß zu ziehen.

Noch sei in dieser Beziehung viel zu wenig gethan. Man habe sich bis jetzt viel zu sehr von oben leiten lassen, daher die Gleichheit der großen Masse. Solle die Gemeinde verfaßungsmäßig werden, so müsse man sich wieder den Hauptgrundzügen des Protestantismus, den Rechtstypus durch den Glauben und des allgemeinen Priestertums, der ältesten und tiefsten Wurzeln evangelischer Kraft, der Heimat des religiösen Bewußtseins evangelischer Christen erinnern. Die Glieder der Gemeinde müssen den Geistlichen in ernster Arbeit den Seilen treten. Der Kirchen-Gemeinderat solle nicht bloß ein bloß religiösen Stillebens sein, sondern die kirchliche Vertretung gewinnen, wie die politischen Korporationen für deren politisches. Man müsse ferner lernen über die engen Grenzen der Einzelgemeinden hinüberzublicken, herauszutreten aus dem jämmerlichen Egoismus des Einzelinteresses und sich fühlen lernen, als Glieder eines großen Ganzen, daß das christliche Heilswerk im Volke treibe, die Liebe nicht bloß als leeres Praesens, dann eine Bewölkung, aus die der Staat die größte Kraft ziebe. (Bravo!) Ein solches Volk werde wahrhaft frei sein, frei von aller Servilität und eine solche Kirche werde wieder an der Seite des Staates kämpfen für die höchsten Ideale der Menschheit. (Bravo!)

Eine Probe haben nun die Landeskirchen zu bestehen mit der nothwendig werdenden Kirchensteuer. Auf die Dauer könne die Staatsunterstützung schon in Rücksicht auf die katholische Kirche nicht bleiben; diese nehme bekanntlich keine Staatsunterstützung an und verlange es jenseits das Gefühl der Gerechtigkeit, daß man die katholische Bevölkerung zu Lasten für die evangelische Kirche auf die Dauer nicht anhalte. Die Überzeugung von der Notwendigkeit solcher Verpflichtung habe nicht nur der Geistliche, sondern vor Allem die Weltlichen mit anzubringen. Zunächst solle die Freiwilligkeit angerufen werden; wo dies aber nichts nützt, da habe die Gemeinschaft anzuordnen. Eine Gemeinschaft, welche solche Zunuthung nicht ertragen könne, wäre kirchlich banerott. Wie weit aber dürfe die Kirche in Aufbringung solcher Mittel gehen? Nach der Theorie des katholischen Bischofs sei jedes Mitglied mit seinem ganzen Vermögen beteiligt. Nach Ansicht des Protestantvereins habe aber der Staat, als die höchste Interessengemeinschaft die alleinige Steueroberhoheit. Der Staat allein könne daher der Kirche die Steuer-Erfahrung verleihen, der konstitutionelle Staat aber nur einer Kirche, deren Vertretung in ihrer überwiegenden Mehrheit aus der freien Wahl der steuerzahrenden Mitglieder der Kirche hervorgegangen sei. Daneben trete als letzter Gesichtspunkt die Bedeutung des Staates, die Steuern befreuen der Kirche zu limitieren. Es müsse ein gewisser Prozenttag der Staats- und Gemeindesteuer angenommen werden, damit das Maß nicht übersteigen, und die Bevölkerung nicht zu sehr belastet werde. Mache man dem Volke nur klar, daß diese Kirche mit ihrem Christentum Verjährungs Kraft genug besitzt, so werde sich auch im Volke sicher Freiheit und Freude finden. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner proprieerte schließlich folgende Theesen: 1. "Die evangelisch-protestantischen Kirchenverbände, welche als Kirchengemeinden, Provinzialkirchen, Landeskirchen von dem Staat als öffentlich rechtliche Korporationen erkannt worden sind, haben eine natürliche Rechtigung, die zur Erfüllung ihrer kirchlichen Zwecke nötigen Steuern von ihren Mitgliedern zu verlangen und einen Anspruch darauf, daß der Staat in der Ausübung der Steuererhebung unterstütze. Dem Staat aber kommt es zu, zum Schutze der Bevölkerung und zur Wahrung der staatlichen und Gemeinde-Interessen die Bedingungen und Schranken festzusetzen, unter denen er ein staatliches Zwangssteuerrecht bewahrt und seine Beihilfe bei der Steuererhebung gestattet. Ohne staatliche Verleihung giebt es kein staatliches Zwangssteuerrecht und keine staatliche Erfahrung des Steuerbezuges." 2. "Als Bedingungen,

Produkten-Börse.

Berlin, 31. August. Wind: SO. Barometer: 27,11. Thermometer: + 16° R. Witterung: regnerisch.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 180—218 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat — August-Sept. — Sept.-Oktbr. 188—189,5 bz., Oktbr.-Nov. 191—192 bz., Nov.-Dez. 194,5—195,5 bz., April-Mai 202—202,5 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 141—182 nach Dual. gef., neuer inländ. 170—175 ab Bahn bz., russ. 141—147 ab Kahn bz., per diesen Monat 145—144—144,5 bz., August-Sept. do., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Novbr. 149—148 bz., Novbr.-Dez. 152—151 bz., April-Mai 155,5—155 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 130—171 nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 130—170 nach Dual. gef., oft n. westpr. 150—160, russ. 130—150, neuer pomm. 158—160, neuer schles. 147—158, neuer böhm. 150—160 ab Bahn bz., per diesen Monat 146 bz., August-Sept. — Sept.-Okt. 145—144 bz., Oktbr.-Novbr. 144 bz., Novbr.-Dez. do., April-Mai 145 bz. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 184—210 nach Dual. Futterwaare 170—183 nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. 300—315 bz. — Rüben per 1000 Kilogr. 300—310 bz. — Leinöl per 100 Kilo, ohne Fass 59 M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 67 bz., mit Fass per diesen Monat — August-Sept. 66,8—67,4 bz., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Nov. 67,2—67,6 bz., Novbr.-Dez. 67,3—67,8 bz., Dezbr.-Jan. — April-Mai 68,3—67,7 bz. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. loko mit Fass 41 bz., per diesen Monat — August-Sept. — Sept.-Oktbr. 37—35—35,5 bz., Oktbr.-Nov. 36,5—35—35,5 bz., Novbr.-Dez. — Spiritus per 1000 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fass 52 bz., loko mit Fass — per diesen Monat 52,4 51,8 bz., August-Sept. do., Sept.-Oktbr. do., Oktbr.-Nov. 51,3—50,8 bz., Novbr.-Dez. 51,8—50,5 bz., Dezbr.-Jan. — April-Mai 52,3—52 bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 28,50—27, Nr. 0 u. 1 26,50—25,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 25,25—

Berlin, 31. August. Von dem Deckungsbedürfniss, unter dessen Einfluss der gefährliche Verkehr noch gestanden hatte, war heute keine Spur mehr zu bemerken. Die politischen Nachrichten lauteten ungünstig. Die Serben sollten gesiegt haben, und ein neuer Thronwechsel in Konstantinopel in näher Aussicht stehe. Doch alle diese Meldungen blieben fast ohne Wirkung; schon die große Geschäftslösigkeit selbst trat irgend einer nennenswerthen Bewegung hemmend in den Weg. Genaßt wurde die Geschäftsansunst auch durch die Erwägungen, welche die gefährliche Zahlungseinstellung unwillkürlich einem Jeden über den Leibniss der Kreditgewähr an der Börse aufgedrängt hatte. Dennoch aber lauteten die Meldungen von außerhalb fest, und auch hier konnte die Haltung wenigstens als gut bezeichnet werden. Die internationalen Tropapier, unter denen sich Franzosen und Kredit-

Fonds- u. Aktien-Börse. Pomm. III. rz. 100,5 100,00 bz

Berlin, den 31. August 1876. Preußische Fonds und Geld-Course.

Grosol. Kaleihe 4½ 104,90 bz G

Staats-Anleihe 4½ 97,00 bz

Staats-Schuldch. 3½ 94,20 bz

Kre. u. Km. Sch. 3½ 91,20 G

Ob. Reichs-Ob. 4½ 102,00 G

Beil. Stadt-Ob. 4½ 101,90 bz

do. do. 3½ 93,00 G

Görl. Stadt-Ob. 4½ 101,75 B

Rheinprovinz do. 4½ 102,60 B

Schles. d. B. Kfm. 5 101,80 B

Pfandbriefe:

Berliner 4½ 102,75 bz

do. 5 106,75 bz

Preuß. Central 4 95,90 bz

Kur. u. Neumärk. 3½ 85,40 bz

do. neue 3½ 85,25 B

do. 4 95,60 bz

do. neue 4½ 102,50 bz

Pr. Brandbg. Cred. 4 95,90 bz

Preuß. 3½ 85,80 bz

do. 4 96,60 bz

do. 4½ 102,25 bz

Preuß. Pommerische 3½ 84,50 G

do. 4 96,10 bz

do. 4½ 103,00 bz

Posen. neue 4 95,10 bz

Sächsische 3½

Schlesische 3½

do. alte A. u. C. 4

do. A. u. C. 4

Westpr. ritterl. 3½ 84,40 B

do. 4 95,60 bz

do. 4½ 102,00 bz G

do. II. Seris. 5 101,50 G

do. neue 4 95,25 bz

do. 4½ 101,60 G

Aktienbriefe:

Kur. u. Neumärk. 2 97,40 B

Pomm. 2 97,30 bz

Posen. 2 96,70 bz

Preuß. 2 96,75 bz

Reichs- u. Westfäl. 2 98,00 bz

do. 2 97,25 bz

do. 2 96,50 bz

Gouverneurs 20,40 G

Capoedod. 16,26 bz

do. 500 Gr. 4,18 G

Dollars 16,66 G

Imperials do. 500 Gr.

Gremd. Banknot. 16,26 bz

do. einföd. Leipzig. 81,30 bz

Frankf. Banknot. 168,75 bz

Osterr. Banknot. do. Silbergulden

do. Städte

Russ. Noten 268,30 bz

Deutsche Fonds.

Pr. u. 55a 100th. 3½ 136,00 bz B

Pr. Pr. a 40th. 250,75 G

Bad. Pr. u. v. 67 4 119,00 bz

do. 35f. Obligat. 139,30 bz B

Pr. Pr. Anl. 4 121,25 bz G

Pr. Pr. 20th. 83,90 bz G

Brem. Anl. v. 1874 4 101,70 B

Pr. Pr. 10,90 bz B

Pr. Pr. Anl. 3 118,25 bz

do. 5 109,10 bz

do. 5 107,20 bz

do. Pr. u. v. 1866 3 174,30 G

Pr. Pr. Anl. 3 171,70 bz

Pr. Pr. Eisenb. 3½ 89,60 bz G

Reininger Bofe. 4 103,00 B

Olzenburg. Bofe. 3 135,40 bz

Pr. Pr. Pf. 110 5 102,25 bz

do. do. 4 96,00 bz

Pr. Pr. Hypoth. unf. 5 101,00 bz G

do. do. 4 95,75 bz G

Rein. Hyp. Pf. 5 100,40 B

Pr. Pr. Cred. 5 101,50 bz G

Comm. H. B. 120 5 105,00 G

do. II. IV. rz. 110 5 102,00 G

* Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L. 169,10 bz

do. 109 fl. 1 M. 168,35 bz

London 1 Efr. 3 L. 20,485 bz

do. do. 3 M. 20,42 bz

Paris 100 fr. 8 L. 81,15 bz

Blg. Blp. 100 fl. 8 L. 81,00 bz

do. do. 8 fl. 2 M. 80,70 bz

Wien östl. Währ. 8 L. 168,75 bz

Wien östl. Währ. 2 M. 167,90 bz

Peters. 100 fl. 3 M. 265,70 bz

do. 100 Rub. 2 M. 220,10 bz

Warschau 100 fl. 8 L. 266,40 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Wechsler 4. Lombard 5 pCt.; Ban-

disconto in Amsterdam 3; Bremen 5;

Brüssel 3½; Frankfurt a. M. 4; Ham-

burg — Leipzig — London 2; Paris —

Petersburg 6½; Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank 4 102,50 G

Bl. f. Rheinl. u. Westf. 4 62,50 B

Bl. f. Sprit. u. Pr. 4 58,80 B

Berliner Bankverein 4 84,30 B

Comm.-B. Sec. 4 59,15 bz

do. Handels-Gef. 4 71,50 bz

do. Kassen-Verein 4 182,00 G

Breslauer-Dic.-B. 4 4

23,75, Nr. 0 u. 1 23,50—22,25 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sac, per diesen Monat 23—22,80 bz, August-Sept. 22,55—22,50 bz, Sept.-Oktbr. 22,10—22,5 bz, Oktbr.-Nov. 21,80—21,75 bz, April-Mai 21,75 bz. (B. u. H.-S.)

Breslau, 31. August. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd.) behauptet, gefünd. — Etr. abgel. Kündigungsscheine —, per August und August-Sept. 155 B. — Sept.-Oktbr. 153,50 bis 153 bz. u. G. — Oktbr.-Novbr. 152,50 bz., Novbr.-Dezbr. 152 B. — Debr.-Jan. — Jan.-Febr. — Febr.-März —, März-April —, April-Mai 155 bz. — Weizen 180 G. gef. — Etr. per Sept.-Oktbr. 179 G. — Gerste —, Hafer 134 B. gef. — Etr. per Sept.-Oktbr. 131 bz. — Oktbr.-Novbr. 132 G. — Novbr.-Dezbr. —, April-Mai 136,50 bz. — Raps 305 B. gef. — Etr. — Rüböl still. gef. — Etr. loko 66,50 B. — per August 66 B. — August-Sept. 65,50 B. — Sept.-Oktbr. 65 bz. u. B. — Oktbr.-Novbr. 65,50 B. — Novbr.-Dezbr. 66 B. — April-Mai 66,50 B. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Fass 50,3 M. bez., per Sept. 50,2—50 bez., per Septbr.-Okt. 49,5—49,8—49,7 M. bez., per Okt.-Nov. 49,2—49,5—49,3 M. bez., Nov.-Dez. 48,7 bz., per Frühjahr 51,5—51 bz. Angemeldet: — Liter Spiritus. — Regulierungspreis für Kündigungen: Weizen — M., Roggen 142 M., Rüböl 66,25 M. — Spiritus — M. — Petroleum matter, loko 19,5—19 M. bz., Regulierungspreis 19 M., per Sept.-Okt. 17—16,75—16 bez. Okt.-Nov. — bz. (Ostsee-B.)

143 M. bez., Okt.-Nov. 144 bez., pr. Frühjahr 144 bez. — Erbsen ohne Handel, per 1000 Kilo per Frühjahr Futter — M. bez. u. Br. — per Sept.-Okt. — M. bez., April-Mai — M. bez. — Winterrüben fest, per 1000 Kilo loko 296—307 M. — Sept.-Okt. 315,5 M. bez., April-Mai 325 M. — Rüböl höher bezahlt, per 100 Kilo loko ohne Fass 67,5 M. Br., Aug.-Sept. 66,35 M. Br., per Sept.-Okt. 66 bez., 66,25 M. Br., Okt. — bz., per Okt.-Nov. 66,5 M. Br., Nov.-Dez. 66,5—66,75 M. bz., per April-Mai 68,5 M. bez. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Fass 5